Thüringer Antifa Nachrichten

Deutsche Polizisten ...

Wegen der Losung "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" wird in Magdeburg zur Zeit ein Strafverfahren gegen Antifaschisten geführt. Der Vorwurf: "Volksverhetzung". Wegen der Gewaltanwendung von PolizistInnen gegen AusländerInnen ist am 12. September der Hamburger Innensenator Hackmann (SPD) zurückgetreten. Der Magdeburger Oberstaatsanwalt befand den Vorwurf der Volksverhetzung gegen die Antifaschisten als wenig überzeugend. Grausam überzeugend sind hingegen die täglichen Berichte von Mißhandlungen von AusländerInnen und AntifaschistInnen durch Polizeibeamte - nicht nur in Hamburg.



Also besser: "Deutsche Polizisten - viele *sind* Faschisten"? Zur Erinnerung: Erst im Juni stolperte der Pressesprecher des Berliner Innensenators Heckelmann (CDU), Hans-Christoph Bonfert, über sein rechtsextremes Umfeld. Im August wurde ein ganzer Zug einer Hundertschaft der Berliner Polizei aufgelöst. Gegen 13 Beamte wird unter anderem wegen Körperverletzung ermittelt. Heckelmann bleibt.

Schwarze Herde

Bislang werden in Berlin und anderswo politische Konsequenzen aus den Skandalen bei der Polizei abgelehnt. Man redet von "schwarzen Schafen" und will von den strukturellen Problemen einer "schwarzen Herde" nichts wissen. Inzwischen sind jedoch viele Fälle von ausländerfeindlichen Übergriffen, Prügel gegen Journalisten, Mißhandlungen von Menschen anderer Hautfarbe und Prügel gegen Linke bekannt und dokumentiert. Amnesty International hat bereits Menschenverletzungen in den Revieren "Deiner Freunde und Helfer" in ihren letzten Jahresbericht aufgenommen. Hier nur einige Fälle aus einer Liste, die sich beliebig verlängern ließe:

- Am 25. November 1990 beobachteten Polizeibeamte in Eberswalde, wie Skin-Heads eine Gruppe Afrikaner überfielen. Sie griffen nicht ein, als der Angolaner Antonio Amadeu zu Tode getreten und geprügelt wurde.
- Am 11. Juni 1992 fand in einem Heim von 35 Asylsuchenden im sächsischen Gränitz eine Razzia nach Diebesgut statt, die ergebnislos verlief. Im Morgen-

grauen stürmten 90 Polizisten, teilweise in Kampfanzügen, mit Schlagstöcken, Hunden und gezogener Pistole, das Haus. Sie fesselten Männern die Hände auf dem Rücken und zwangen sie, sich an die Wand zu stellen. Dort wurden sie geschlagen, in die Beine getreten oder (mit den schweren Einsatzstiefeln) auf die nackten Füße. Ein Flüchtling gab an, in den Bauch getreten worden zu sein. Ein anderer wurde durch Stockschläge auf den Kopf bewußtlos. Eine Frau wies die Polizisten darauf hin, daß ihr Mann drei Magenoperationen hinter sich hatte, danach erhielt der Mann zwei Fausthiebe in die Magengegend. Das Kreisgesundheitsamt stellte in seinem Gutachten Beulen, Hautabschürfungen, Schlagstock-Striemen, Blutergüsse an den Füßen u. s. w. fest.

■ Im Januar 1994 schlugen in Hamburg zwei Polizeibeamte nachts einen 44jährigen Senegalesen krankenhausreif, weil er eine Mütze mit dem Aufnäher "Gebt Nazis keine Chance" trug.

Bekannt ist das Versagen der Polizei in Hoyerswerda und Rostock, wo Rechtsextreme unter dem Beifall der AnwohnerInnen tagelang die Wohnheime von VertragsarbeitnehmerInnen und Asylsuchenden belagerten, Brandbomben warfen und das Leben hunderter Menschen gefährdeten. In Rostock wurde die Polizei bekanntermaßen erst tätig, als AntifaschistInnen zu Gegenaktionen aufriefen. Auch in Thüringen hat die Polizei versagt, als im Juli diesen Jahres Rechtsextreme die Gedenkstätte Buchenwald schändeten und eine Mitarbeiterin bedrohten. Die Polizei hatte die Jugendlichen zuvor beobachtet, schritt jedoch nicht ein. Ihre "Schlagkräftigkeit" hatte die Thüringer Polizei zuvor gegenüber den "Krämerbrückenkids" (siehe den Beitrag in dieser Zeitung) in Erfurt unter Beweis gestellt.

Aber auch in Thüringen weigert sich der politisch verantwortliche, Innenminister Schuster (CDU), personelle oder politische Konsequenzen zu ergreifen.

Die Polizei ist durchsetzt mit rechtsextremen, ausländerfeindlichen und rassistischen BeamtInnen. Ein strukturelles Problem ist es deshalb, weil bislang - bis zum Fall Hackmann - Rassismus und Mißhandlungen der BeamtInnen nicht geahndet sondern vertuscht und verschwiegen wurden. Es herrscht ein "Korpsgeist". Erst in wenigen Fällen wurden gewalttätige Polizeibeamte vom Dienst suspendiert. Der übliche Spruch der Staatsanwaltschaft lautet "Verfahren eingestellt" wegen Mangel an Beweisen. Gegen die Kameradie der Beamten, die in der Regel von Mißhandlungen und rassistischen Beleidigungen nichts gehört und nichts gesehen haben wollen, können sich die Anzeigen von AusländerInnen oft nicht behaupten. Oder aber die mißhandelten AusländerInnen stehen als ZeugInnen nicht mehr zur Verfügung, weil sie bereits abgeschoben wurden, etwa wegen fehlender Aufenthaltserlaubnis. Wenn Verfahren abgeschlossen werden, dann oft in nicht-öffentlichen Verhandlungen und mit milden Geldstrafen oder die Versetzung der Beamten in eine andere Dienststelle, wo sie dann weiter ihren Leidenschaften nachgehen können...

Es gibt viele gute Gründe für das staatliche Gewaltmonopol. Als AusländerInnen und Linke können wir jedoch nicht mehr sicher sein, ob die Polizei uns vor Bedrohungen schützt oder im Gegenteil eine Bedrohung für uns darstellt. Ohne eine Demokratisierung der polizeilichen Strukturen und ihres Selbstverständnisses, ohne eine Absage an den autoritären Geist und ohne einen personellen Wechsel kündigt die Polizei die Verträge zwischen BürgerInnen und Staat. Soll die Polizei ihre Legitimation zurückgewinnen, so genügen keine kosmetischen Veränderungen eines in Teilen kriminellen Apparates.

Quellen:
- die Tageszeitung, 14. September 1994
- Tagesspiegel, 15. und 16. September 1994
- Forum Buntes Deutschland e. V. - SOS Rassismus: Menschenrechtsverletzungen in Deutschland. Übergriffe von Polizei und Behörden gegen Ausländerinnen und Ausländer

Julika Bürgin



Bestellung beim Aktionskreis Frieden, Erfurt

ANTI-ANTIFA

Faschistischer Überfall in Quedlinburg

Immer offensiver propagieren Quedlinburger Faschisten, die in den, der "FMJ" (Freie Mitteldeutsche Jugend-Nachfolgeorganisation der verbotenen Deutschen Alternative) nahestehenden Gruppierungen "Harzfront" bzw. "Unabhängiger Arbeitskreis" organisiert sind, ihre menschenfeindlichen Ideen. Spuckis der Marke "Landwehrverlag", "FMJ" und "FAP" prägen das Stadtbild, ohne daß Gemeinde und Landkreis dagegen auftreten.

Am Freitag dem 9. September gegen 23 Uhr wurde ein von linksalternativen besuchtes Kulturzentrum von ca. 50 Faschisten aus Quedlinburg und Umgebung angegriffen. Den mit Steinen und Baseballschlägern Bewaffneten gelang es aufgrund antifaschistischer Gegenwehr jedoch nicht, in das Zentrum einzudringen und wurden erfolgreich zurückgeschlagen. Nachdem Antifas aus der Umgebung mobilisiert waren, brachte eine Demonstration mit ca. 100 Menschen ihre Wut über den Angriff zum Ausdruck. Laut Informationen aus der Fascho-Szene werden die Aktionen von der FAP-Quedlinburg organisiert.

Quelle: Antifa HA/QU

Anti-Antifa gegen JRE-Antifaschisten

Auch wenn die Anti-Antifa Kampagne der Stiefel und Kragenfaschisten derzeit mal wieder in der medialen Öffentlichkeit nicht stattfindet, sucht sie sich ihre Opfer.

Laut einem uns vorliegenden Flugblatt der FAP Siegen wird in Nazi-Kreisen dazu aufgerufen, sich an einen Antifaschisten "zu wenden", um sich "für seine Bemühungen, den Antifaschismus zu verbreiten zu bedanken". Aufgeführt werden ihm zugeschriebene Aktivitäten, seine komplette Adresse und Telefonnummer. Ein Lichtbild wird für die nächste Veröffentlichung angekündigt. Lutz aus Siegen muß befürchten, demnächst Ziel von faschistischem Terror zu werden.

Quelle: JRE-Siegen

Italien auf dem Weg in die zweite faschistische "Republik"

Die Rechte an der Macht

Ähnliche Vorgänge in Deutschland "natürlich" ausgeschlossen

Mit wem sitzen eigentlich die Herren Europas an einem Tisch, wenn sie große Weltpolitik machen? Wie ernst es den Mächtigen in Europa und in der Welt tatsächlich mit Demokratie und Menschenrechte ist, zeigt die Tatsache, wie bruchlos die "Berlusconi-Fini-Bossi" Regierung Akzeptanz finden konnte. Wir dokumentieren aus dem Searchlight einige Beiträge, die Auskunft darüber geben, mit wem da Herr Kohl und andere Regierungschefs gemeinsame Sache machen.

Der Strohmann

Der Aufstieg Berlusconis

Berlusconi Silvio
Mailand, Industrieller
Mitgliedkartennummer: 1816
Code: E 19 78, Datum: 26.1.78, Karteinr.: 0625
Beitrag 100.000 Lire

So lauten die Details über Berlusconi, die in den Unterlagen des faschistischen Drahtzieher Licio Gelli gefunden wurden, als die Polizei im März 1981 Gellis Villa durchsuchte, und damit der fortdauernden Skandal um die geheime Freimaurerloge "Propaganda 2" (P2) aufdeckte.

Jetzt wird das ehemalige P2-Mitglied Berlusconi, der es für seine Bestimmung hält, Italien vor dem Kommunismus zu retten, italienischer Ministerpräsident. Aber wer ist Berlusconi? **Ist er eine unabhängige Kraft, oder ist er eher ein "Strohmann"?**

Berlusconi, Sohn eines Mailänder Bankangestellten, schloß sein Jurastudium 1961 ab. Ein paar Jahre später entschloß er sich, in die Wirtschaft zu gehen. Kardinal Giuseppe Siri, Freund der Familie und erbitterter Feind der Mailänder Linken, gab dieser Entscheidung seinen persönlichen Segen.
Seine erste Stelle hatte Berlusconi bei dem Bauunternehmen Edilnord. Mit den bei Edilnord gewonnenen Erfahrungen gründete er kurze Zeit später sein eigenes Unternehmen, "Mailand 2", fand aber bald heraus, daß man im Baugeschäft mehr braucht als Fachwissen.

Vor allem brauchte er Kontakte zur städtischen Bürokratie, die die Wege kennt, baurechtliche Bestimmungen zu umgehen, und die nicht nur legale Schlupflöcher kennt, sondern auch neue Schlupflöcher öffnen kann.

Während dieser Zeit, den frühen 70er Jahren, war Mailand das persönliche "Fürstentum" eines Mannes: **Bettino Craxi** von der Partito Socialista Italiano (PSI). Der ehrgeizige Berlusconi wurde schnell in den inneren Kreis um Craxi aufgenommen. Diese Beziehung wuchs über Jahre, wobei Berlusconi nicht vergaß, für den Fall der Fälle Kontakte zu den konservativen Christlichen Demokraten zu pflegen.
Bald bekam Berlusconi auch Kontakt zu einem anderen wichtigen Mann, Licio Gelli, ehemaliges Schwarzhemd Mussolinis, Mitglied der Waffen-SS und faschistischer Verschwörer von besonderer Güte. Gelli war von Berlusconis Rücksichtslosigkeit beeindruckt, und führte ihn in seine persönliche Loge P2 ein. Berlusconi trat der P2 am 26. 1. 1978 bei.
Bald nach seinem Eintritt in diesen faschistischen Zirkel, dessen Mitglieder aus dem Establishment von Italiens Industrie, Finanzwelt, Medien, Militär, Geheimdiensten, Polizei und Unterwelt kommen, wurde Berlusconi der "Gruppe 17" innerhalb der P2 zugeteilt.
Die Gruppe 17 war innerhalb der P2 zuständig für Kommunikation, Information und Medien, und hatte die Aufgabe "subversiver Destabilisation". Diese Arbeit war Teil von Gellis "Plan der demokratischen Wiedergeburt", eines 1976 entworfenen Plans zur friedlichen faschistischen Machtübernahme in Italien. Zu dieser Zeit gab es in Italien wenig gesetzliche Regelungen im Kommunikations- und Medienbereich. Mit Hilfe der **Monte Dei Paschi Bank**, einer Einrichtung der P2, etablierte sich Berlusconi im Fernsehwesen. So wurde er das operative Instrument in Gellis Plan, indem er die Aufgabe übernahm, "lokale Printmedien und Fernsehstationen zu einer nationalen Kette zu verbinden, die die öffentliche Meinung im Alltagsleben des Landes beeinflussen kann."

Im Sommer 1978 gründete Berlusconi "Tele Milano", einen lokalen Fernsehsender, der sich mit seiner hart zuschlagenden Art einen Namen machte. Später wurde aus diesem Sender der landesweit arbeitende **"Kanal 5"**.

1983 platzte "Kanal 5" durch seinen kommerziellen Erfolg aus allen Nähten. Expansion war der einzige Ausweg, und mit dem angeschlagenen Sender **"Italia 1"** fand sich auch ein geeignetes Übernahmeobjekt. "Italia 1" gehörte damals der mit Berlusconi rivalisierenden Rusconi-Gruppe. Nach heutigen Preisen zahlte Berlusconi 13,5 Millionen Pfund.

Zur Finanzierung der Übernahme gründete Berlusconi einen Investmentfond, in den mehr als 5000 Investoren insgesamt 20 Millionen britische Pfund einzahlten.
Später gründete Berlusconi **Fininvest**, ein Unternehmen, das mittlerweile 22 Tochterunternehmen in 9 Branchen hat.
Dreizehn diese Tochterunternehmen sind auch Berlusconis Namen eingetragen, der Rest auf Familienangehörige und enge Freunde. Auf dem Papier hat dieser Konzern einen Wert von 4,7 Milliarden brit. Pfund, real hat er Schulden von 2 Milliarden brit. Pfund.

Fininvest besitzt den Mailänder Sport Club, mitsamt seinen Fußball-, Rugby-, Hockey- und Volleyballteams. Im

Unterhaltungsbereich kontrolliert Fininvest die Firmen Berlusconi Communications, Reteitalia Studios, Penta Film Studios, die Cinema 5 Kette, den Medusa Filmvertrieb und das Teatro Manzoni in Mailand. Fininvest besitzt auch Anteile an MGM.

Während der 80er Jahre arbeitete Berlusconi intensiv am Aufbau eines monopolartigen Medienkonzerns, der unter den Kartell- und Mediengesetzen anderer europäischer Länder nicht hätte entstehen können.

Berlusconis Einfluß auf das Fernsehen ist beeindruckend.
Sein Medienreich umfaßt die Firmen RTI Fernsehproduktionen, Canale 5, Italia 1, Rete 4, Five Record Recording Company, Video Time, sowie beträchtliche Anteile an der Elektronikindustrie und an ausländischen Medien. So hat Fininvest zusammen mit der brasilianischen Globo TV einen Anteil von 40% an Tele Monte Carlo.

Im Besitz von Fininvest sind auch einige Verlage, (darunter Publitalia und Mondadori) und Werbefirmen. In der Touristikbranche gehören zu Fininvest Alba Aerotransport und das "Five Viaggi" Reisebüro. Desweiteren besitzt Berlusconi Italiens größte Kaufhauskette und mehrere Versicherungen.

Seine größte Macht hat Berlusconi im Medienbereich. So produziert Mondadori 19 Wochenzeitungen und die Tageszeitung **Il Giornale.**

Berlusconi setzte alle seine Medien für seine Wahlkampagne ein, mit dem Ziel, die italienische Regierung seinem Reich hinzufügen zu können. Als politisches Instrument gründete er hierfür Forza Italia, eine Partei in seinem persönlichen Besitz. Forza Italia hat nicht die übliche Parteistruktur, sondern besteht einzig aus 12000 lokalen Clubs, wie Berlusconi immer wieder betont.

Die Clubs finanzieren sich weitgehend selbst. Für 200 brit. Pfund kann man Clubpräsident werden, und erhält dafür von der Parteizentrale alle Amtsinsignien. Dieser Bastelbausatz für Clubvorsitzende besteht aus einer Fahne, einem Band mit dem Forza Italia Symbol, Bleistift und Briefpapier, einem Anstecker und einem Button.

Kandidat für die Wahlen zu werden, kostete ebenfalls 200 brit. Pfund. Nach Bestehen einer Prüfung und nach Test der schauspielerischen Qualitäten [wer es nicht glaubt: im Original als "screen tests" bezeichnet. d.Ü.] wurde man Wahlkandidat der Forza Italia. Unter den ersten 1000 so "ausgewählten" Kandidaten waren 30% Selbständige, 12% Eigentümer kleiner und mittlerer Firmen, 10% LehrerInnen und ProfessorInnen, 8% LadenbesitzerInnen, 6% Handwerker, 5% JournalistInnen, und 3% BeamtInnen - **die klassische soziale Basis des Faschismus.**

Am 19. 12. 1993 ließ Gelli - der wegen seiner Beteiligung am Attentat in Bologna 1980 (85 Tote) nach wie vor 10 Jahren Gefängnis entgegensieht - in einem Interview mit l'Unita die Katze aus dem Sack, was Berlusconis Rolle betrifft. Er rühmte Berlusconi als "einen der wenigen echten Männer, die es noch in Italien gibt".

Auf die Frage: "Sind Sie auch der Meinung, daß alles, was Sie 1976 schrieben, exakt nach Plan verläuft?" antwortete Gelli: "Ja. Alles geht nach Plan. Es gibt Ereignisse, die niemand vorhersehen konnte. Was ist daran erschütternd. daß wir vorhergesehen haben, wie sich die Dinge entwickeln? Mein Plan sagte die Skandale, den Niedergang von Parteien und Gewerkschaften voraus."

Gellis Vision umfaßte auch die Abwicklung und Privatisierung des staatlichen Fernsehens RAI. Kurz vor der Wahl gab es eine Gesetzesvorlage zum Verkauf von RAI. Es ist bekannt als "Berlusconi-Gesetz"; die Faschisten sagten ihre volle Unterstützung dieses Gesetzes zu.

Die faschistische Unterstützung für Berlusconis Pläne, sich das öffentliche Fernsehen unter den Nagel zu reißen, hat ihre Ursache möglicherweise darin, daß Berlusconis die MSI während der römischen Kommunalwahlen im Dezember 1993 unterstützte. Der MSI-Kandidat Fini erhielt 43% der Stimmen.
Berlusconi erhält Beifall von den dunkelsten Gestalten der italienischen Politik. Um seine Begeisterung für Berlusconis Konzern zu zeigen, richtete der damalige Großmeister der Loge "Grand Orient of Italy", Armando Corona, Berlusconi aus, daß es dem früheren Staatspräsident Cossiga eine Freude wäre, ihn zu treffen. Zehn Jahre zuvor mußte Cossiga nach der gut vorbereiteten Flucht des SS Generals Kappler aus einem italienischen Gefängnis zurücktreten. Bei einer Befragung durch Richter Cordova vor der Anti-Mafia-Kommission sagte Corona aus, daß er von Flavio Carboni mit Berlusconi bekannt gemacht wurde. Carboni organisierte die Flucht Roberto Calvis, Chef der Banco Ambrosiano, vor Skandal und Justiz nach London.

1992 wurde Berlusconis Name wieder im Zusammenhang mit der Geheimloge P2 erwähnt, als bei einer Anhörung der Anti-Mafia-Kommission ein Brief des damaligen Industrieministers Eugenio Carbone an Berlusconi bekannt wurde.
Carbone (P2 Mitgliedsnummer 7606) bat in diesem Brief Berlusconi um ein Darlehen, und erinnerte an seine Mitgliedschaft in der P2 in der Hoffnung, Berlusconi damit zur Gewährung des Darlehens zu überreden. Carbone wurde von Gelli an Berlusconi verwiesen.
Doch dies sind noch nicht alle dubiosen Beziehungen von Berlusconi. Sein Bruder Paolo steht im Zusammenhang mit einem Bankskandal unter Hausarrest.
Marcello Dell'Utri, früherer Chef von Publitalia sowie Werbechef und Vizevorsitzender von Fininvest, geht der Anti-Mafia-Kommission bei ihren Untersuchungen zur Hand. Der Mafiaboss, der wegen des Mordanschlags auf den Vorsitzenden der Anti-Mafia-Kommission Richter Falcone verhaftet wurde, sagte aus, daß Dell'Utri auf der Gehaltsliste der Mafia stand, und der Distriktrichter von Caltanissetta klagte ihn öffentlich wegen Mafia-Verbindungen an. Als Dell'Utri verhaftet wurde, bezeichne-



ten Berlusconis drei Fernsehkanäle die Verhaftung als eine Attacke auf ihn, und nannten die Untersuchungsbeamten "einen Haufen von Kommunisten und Sympathisanten".
Berlusconis Karriere als Selfmademan ist ein selbstproduzierter Mythos. Der falsche Glanz seiner Existenz als Emporkömmling ist offensichtlich. Er ist eine Kreatur und ein Werkzeug eines breit angelegten Plans für den Abbau demokratischer Rechte in Italien.
Hinter ihm stehen die Dunkelmänner Italiens, von der Mafia bis zu den glatzköpfigen faschistischen Schlägern.

Aus Searchlight



Kurz gemeldet

13.8.94, Deutsche Faschisten von der Luxenburger Polizei überrumpelt und in die "Heimat" abgeschoben (siehe Foto unten).
An der Zahl der PolizistInnen läge es wohl kaum, wenn es der Deutschen Polizei nicht gelänge die Neofachisten im Zaume zu halten,
meinte Luxenburgs Polizeichef anläßlich des Aufmarsches deutscher Neofaschisten in Luxenburg,
vielmehr läge es bestimmt an der Motivation der deutschen Polizei.

Schallende Ohrfeige!

Deutlicher kann die Ohrfeige eines Amtsbruders, der von der Deutschen Polizei wider besseres Wissen über den Naziaufmarsch im unklaren gelassen wurde, nicht ausfallen.



Eine Rasse Der Mensch!

5.11.1994 Dritter Antirassistischer Ratschlag Thüringen - Neue Schwerpunkte

"Eine Rasse, der Mensch" ist das Motto des diesjährigen Ratschlages. Dieses Motto versucht dem Rechnung zu tragen, daß neben der Auseinandersetzung mit dem organisierten Neofaschismus, mindestens gleichwertig, der Kampf gegen den Rassimus in Zivilgesellschaft und Staat stehen muß. Diese Entwicklung steht nur scheinbar im Widerspruch mit einem relativen Niedergang der Hauptparteien des Neofaschismus Dabei gibt es sogar einen inneren Zusammenhang: Rechtsextremes und rassitisches Gedankengut befindet sich nicht mehr am Rande der Gesellschaft, sondern ist mitten in ihr. **Die Auseinandersetzung wird komplizierter! Der Staat nutzt und fördert Rassismus**
Die Antwort der Politikermehrheit auf Hoyerswerda, Mölln und Rostock war: es sind zu viele Ausländer hier. Gemeinsam mit der SPD haben CDU/CSU und FDP das individuelle Grundrecht auf Asyl abgeschafft. Nur noch halb so viele Flüchtlinge finden seitdem Aufnahme in diesem Land. Die Bundesländer schieben Deserteure aus dem ehemaligen Jugoslawien und kurdische Familien mit deutscher Gründlichkeit ab. Die Innen- und Sicherheitspolitik wird zum Wahlkampfschwerpunkt. Die Täter von Mölln u.a.w. haben ihren Sieg.
Damit ist der Gegner nicht eine isolierte neofaschistische Partei und irgendwelche gewaltbereite Skins, sondern es sind die Herrschenden in diesem Lande.

Der Rassismus gedeiht in der Mitte der Gesellschaft

Die Appelle "gegen Haß und Gewalt" sind verklungen. Wir vermissen heute das antirassistische Engagement der demokratischen Parteien, Organisationen und der Kirchen. Wir sind überzeugt, daß es hierzu des Druckes engagierter Menschen bedarf!

Druck entwickeln!

In den 15 Diskussionforen wollen wir mit Hilfe kompetenter GesprächspartenerInnen Grundlagen zur Weiterentwicklung interkultureller Konzepte, aber auch neue Sympathisanten im Kampf gegen Rassismus und Faschismus gewinnen.

Das Land, das die Fremden nicht schützt, geht bald unter!

(J.W. Goethe)
Die antirassistische Aktionwoche und der Ratschlag wollen Menschen helfen, Farbe zu bekennen, Erfahrungen und Gedanken auszutauschen und Kraft für weitere Auseinandersetzungen zu schöpfen. Wir hoffen, daß es wieder gelingen wird, Menschen

unterschiedlichster Überzeugungen im Ratschlag ein Forum bieten zu können und mit ihnen durch die Demonstration zu dokumentieren, daß es zu Rassimus und Faschismus alternativen gibt.
Im folgenden Text dokumentieren wir einige Foren des Ratschlages.

laf

Diskussionsforen Dritter antirassistischer und antifaschistischer Ratschlag

Eröffnung des dritten Ratschlages durch Hanne Hiob-Brecht

11.oo bis 15.oo Uhr; Foren zum Themenschwerpunkt RASSISMUS:

1) Rassismus - Streit um die Ursachen

Vielfältig sind die Erklärungsmuster für die Ursachen von Rassismus. Im Alltag der antirassistisch engagierten Menschen finden zuwenig Diskussionen dazu statt, was zwangsläufig die Folge hat, daß es kaum schlüssige und effektive Konzepte zur Bekämpfung von Rassismus gibt. Mit diesem Diskussionsforum wollen wir helfen, diese Debatte in Thüringen zu eröffnen und analytische Ansätze anzubieten.

Gudrun Hentges, Uni Marburg

2) Antirassistische Bildungsarbeit - Möglichkeiten und Grenzen

PädagogInnen und BildungsarbeiterInnen in der außerschulischen Bildungsarbeit sollen in diesem Forum Anregungen zur Gestaltung von antirassistischen Bildungskonzepten bekommen.

Julika Bürgin, FU Berlin, AG-Antirassistische Bildungsarbeit

3) Antisemitismus heute

Der Antisemitismus ist nicht nur immer ein wesentlicher Bestandteil neofaschistischer Ideologien, sondern auch tief verwurzelt in breiten Bevölkerungsschichten. Grabschändungen und Brandanschläge auf jüdische Gebäude sind nur die Spitze des Eisberges. Wie weit ist Antisemitismus tatsächlich verbreitet? Was kann und muß jede/r dagegen tun?

Fred Dellheim, Vors. IVVdN, Berlin

4) Gewerkschaften und Antirassismus

Gewerkschaften sind durch ihre historischen Erfahrungen, aber auch erklärtermaßen, antirassistisch und antifaschistisch. Diesem werden die Gewerkschaften aber in der Praxis nur punktuell gerecht. Das eigene Erleben und Handeln steht im Mittelpunkt dieses Forums.

M. Klöpper, DGB Wilhelmshaven; IGM Ortsjugendausschuß Rostock

5) Rassismus in den Medien

Die Machtübernahme durch den Medienzar Berlusconi in Italien zeigt, welche Macht die Medien haben. In diesem Forum wollen wir uns mit der Frage "Welche Verantwortung tragen die Medien an der Verbreitung von Rassismus und Faschismus?" beschäftigen und Anforderungen an eine antirassistische Medienpolitik entwickeln.

D. Meinke, DISS und M. Braumann, ND

6) Antirassistische Kommunalpolitik Möglichkeiten und Grenzen

Welche Möglichkeiten haben Kommunal- und Landespolitiker, Verhältnisse zu schaffen, die Rassismus eingrenzen? Wie müssen Kommunen und andere Behörden kooperieren? Welche juristischen Möglichkeiten gibt es? Am Beispiel der Stadt Mainz soll deutlich gemacht werden, welche Möglichkeiten existieren, um den Aktivitäten rechtsextremer Organisationen Einhalt zu gebieten.

Hans-Jörg von Berlepsch, Ordnungsdezernent, Stadt Mainz, Bündnis 90/Grüne

7) Asyl ! Aufgaben einer auf den Schutz der Flüchtlinge ausgerichteten Politik

"Asylant", mittlerweile nicht nur ein Wort, sondern Ausdruck eines Massenbewußtseinst, das Flüchtlinge als Bedrohung und Feinde begreift. Die Mehrheit der Politik hat eine Rechtssituation geschaffen, die diese Haltung bestätigt und forciert. Was können Initiativen und Menschen tun, um Flüchtlinge vor staatlicher Repression und rassistischer Gewalt zu schützen?

B. Mesowic, Pro-Asyl, Frankfurt

15.oo bis 18.3o Uhr; Foren zum Schwerpunkt Antifaschismus

8) Faschisten und Rassisten in Uniform - Fließende Übergänge zum Neofaschismus

"Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!" In dieser Verallgemeinerung ignorant, in vielen Einzelerscheinungen aber richtig. Der "mündige Bürger in Uniform" entpuppt sich oft als Rassist und sogar Neofaschist. Ist es Zufall, daß die neofaschistischen Organisationen von der Polizei und Bundeswehr besonderen Zulauf bekommen? Sind Bundeswehrsoldaten, die faschitische Parolen skandieren oder sich in Uniform an gewalttätigen Übergriffen beteiligen, und Polizisten, die Vietnamesen foltern, Journalisten verprügeln und in Hoyerswerda, Rostock und Magdeburg wegschauen, Einzelerscheinungen oder vielmehr Ergebnis einer undemokratischen Struktur von Polizei und Armee? Welche Konzepte gibt es für eine Demokratisierung?

J. Korell, BAG kritische PolizistInnen und H. Prieß, Darmstädter Signal



20. Juli - Aufstand des Gewissens

Der fünfzigste Jahrestag des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde vom offiziellen Teil der BRD feierlich als Tag des Widerstands begangen. Bei den Attentätern hat es sich mitnichten um Antifaschisten gehandelt. Der folgende Beitrag soll ein wenig die sonst gerne im Dunkeln gelassenen Hintergründe dieser Militärs beleuchten.

- Erich Hoeppner zog als Oberbefehlshaber der 4. Panzerarmee noch gegen die "moskowitisch-asiatische Überschwemmung" und die"Abwehr des jüdischen Bolschewismus" ins Feld.
- Arthur Nebe meldete als Chef der Einsatzgruppe B der Sicherheitspolizei die erfolgreiche "Liquidierung" von 45.467 Menschen nach Berlin.
- Karl Heinrich v. Stülpnagel erwarb sich als guter Soldat im Kampf gegen die französische Widerstandsbewegung den Ehrentitel "Henker von Paris".

Diese Liste ließe sich noch lange fortsetzen und macht deutlich, daß es dieser Gruppe mitnichten um die Zerschlagung der Diktatur und die Beendigung des Holocaust ging. Sondern um einen Putsch, nachdem ein Waffenstillstand vereinbart werden sollte. Die einzige Chance, die sonst unvermeidbare "bedingungslose Kapitulation" Deutschlands zu verhindern.
Der andere, demokratisch gesonnene, Teil der Widerstandsbewegung gruppierte sich vor allem in und um den Kreisauer-Kreis. Dort auf dem Gut des Grafen von Moltke trafen sich Großbürgerliche, Geistliche und Sozialdemokraten wie Julius Leber und Theodor Haubach. Um das schwierige Unterfangen eines Staatsstreiches zum Erfolg zu bringen, unterhielten sie Kontakte zu der national-konservativen Gruppe um Dr. Goerdeler, der sich noch bis zuletzt gegen die Beteiligung von Sozialdemokraten zur Wehr setzte.
Zur großen Hoffnung wurde Oberst Claus Carl Schenk von Stauffenberg, der nach Mitansehen einer Massenexekution an Frauen und Kindern durch die SS zum Gegner des Regimes geworden war.
Aus technischen Gründen schlug das Attentat fehl und der Aufstand brach schnell zusammen. Noch in der Nacht wurden Stauffenberg und drei andere erschossen.
Ungefähr 200 weitere Männer und Frauen wurden zum einem Sondergericht zum Tode verurteilt und erschossen.

Streit um die Geschichte

Heute, 50 Jahre danach geschieht das, was seit der Gründung der Bundesrepublik geschieht: Die herrschende Politik kocht ihr Süppchen mit dem geschichtlichem Erbe und legt es ganz nach Belieben und aktueller Erfordernis zu ihren Gunsten aus. Zunächst in den 50er Jahren ging es der Regierung darum, das Wiedererstarken und die Wiederbewaffnung Westdeutschlands mit dem 20.Juli zu rechtfertigen. Ausgerechnet auf die Offiziere vom 20. Juli, diese führenden Strategen des faschistischen Angriffskrieges, wurde sich berufen um die europäischen Nachbarn zu beruhigen und glechzeitig möglichst schnell "wieder wer" zu sein. Außerdem stellte man ganz in Sinne der "Rettung Deutschlands", den Widerstand gegen Hitler und das Halten der Ostfront gegen Ende des Krieges auf eine Stufe.
Die "deutschen Helden" kämpften gegen den "Kommunismus", während das dafür sorgte das die maschinelle Ausbeutung und Vernichtung in den KZs weitergehen konnte.
Immer noch bildete der Antikommunismus die verbindende Brücke zwischen alten Nazis und neuen Konservativen. Aber es ging und geht den Geschichtsverbiegern nicht nur um die Vergangenheit und nicht darum, die alten Fronten des Kalten Krieges wieder aufzurichten. Es geht ihnen um Gegenwart und Zukunft.
Wenn heute namhafte Konservative wie z.B. der Sohn des Attentäters und CSU Abgeordnete Franz-Ludwig Staufenberg sich darüber aufregen, daß in der Ausstellug des "Deutschen Widerstands" auch Kommunisten zu sehen sind, dann verfolgen sie damit ein klares Ziel:
Sie versuchen sozusagen in einem zweiten Historikerstreit den kommunistischen Widerstand aus der Geschichte zu tilgen, getreu dem Spruch von George Orwel "Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft!"

Es ist an uns

An uns liegt es, den Widerstand der jugendlichen Edelweißpiraten, der Geschwister Scholl und der sog. Roten Kapelle, der jüdischen Bevölkerung in den Gettos, der Partisanen in den besetzten Ländern und aller anderen, deren Vermächtnis noch heute unbequem ist, öffentlich zu machen und in Erinnerung zu rufen. Und es ist an uns, dem Unrecht, das heute geschieht, nicht tatenlos zuzusehen.
Erst recht, wenn dieser Staat dabei ist, die alten geschichtsbedingten Fesseln abzuwerfen, um erneut nach "nationaler Größe" zu streben. Bei jeder Tolerierung eines Naziaufmarsches, bei jeder "Brandrede" eines regierungsamtlichen Biedermanns, bei jeder Abschiebung und bei jeder Verschärfung der Sondergesetzte für hier lebende Ausländer sollten wir bedenken,"daß die Würde jedes einzelnen Menschen aller staatlichen Gewalt vorausgeht, ihr übergeordnet ist."
Auch das hat Kohl in seiner diesjährigen Ansprache gesagt. Seine Worte in unseren Ohren, unser Widerstand gegen das System.

(Stark gekürzter Artikel aus dem Antifa Jugendinfo Bonn/Rhein-Sieg Nr.16/94 von Jürgen Drews)



Staat und Faschisten Hand in Hand

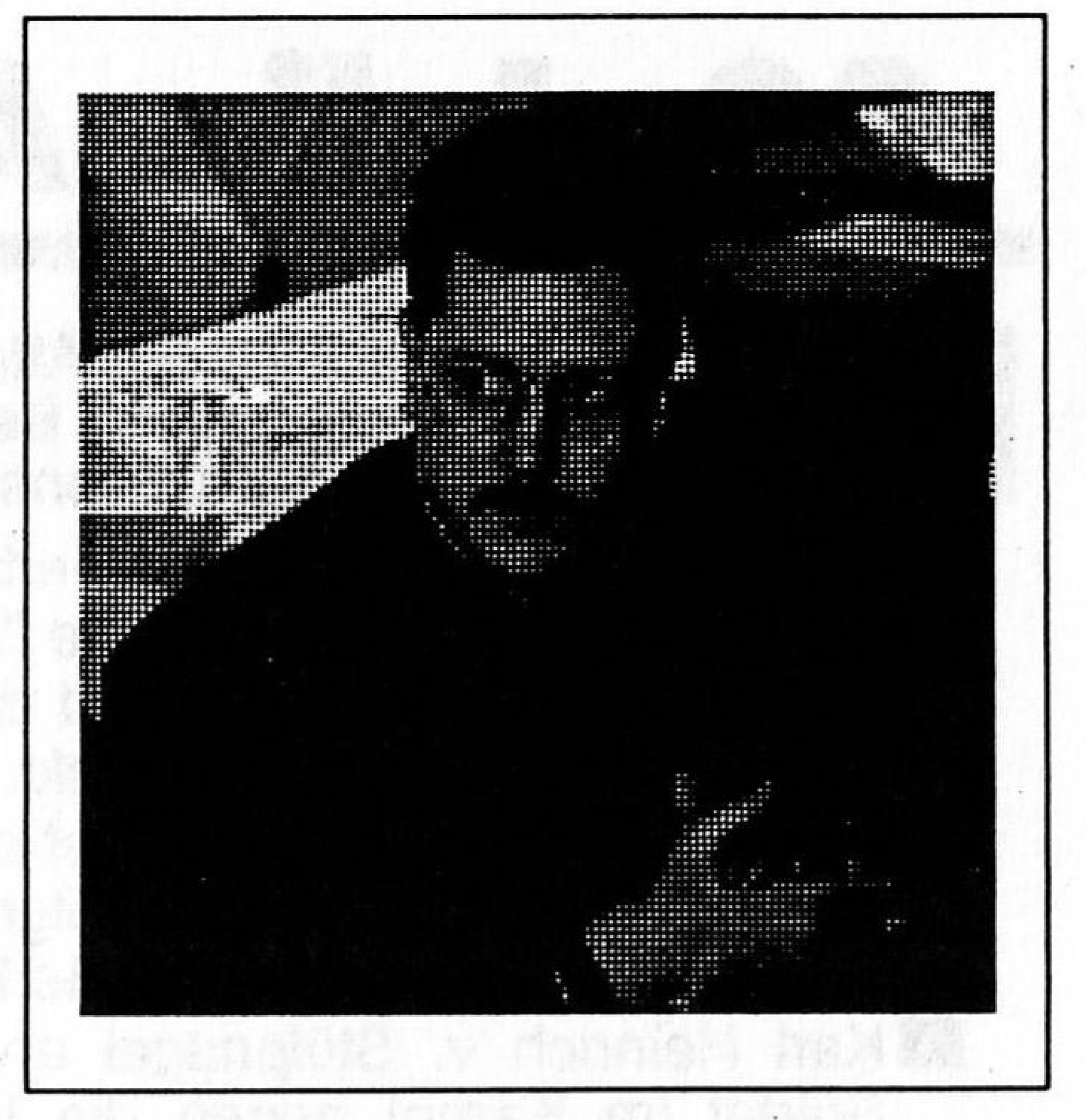
Organisiert den Widerstand

Unter diesem Motto fand am vormittag des 6.08.1994, vor der Kundgebung in Buchenwald eine Demonstration durch die Weimarer Innenstadt statt. An der unangemeldeten, von der Polizei nur beobachteten, Demo nahmen knapp 250 Menschen vorwiegend aus dem autonomen Spektrum teil. In der medialen Öffentlichkeit fand die Demo nicht statt, sei es weil die Organisatoren die Presse nicht informiert hatten oder diese keine Interesse hatte. Ca. eine halbe Stunde bewegte sich der Zug mit Sprechchören wie "Ob Ost, ob West, schlagt die Faschisten wo Ihr sie trefft", durch die Stadt. Es wurden 2 Redebeiträge gehalten, von denen wir im folgenden einen dokumentieren:

Die Schändung der Gedenkstätte vor 2 Wochen hat wieder einmal den Ruf nach der Reaktion des Staates laut werden lassen. Der Staat und die Landesregierung seien gefordert und SIE müssten jetzt handeln.
Diese Appelle wecken gefährliche Illusionen über die Grundhaltung dieses Staates.
Es ist dieser Staat, der Flüchtlinge in Lagern zusammenpfercht oder in Abschiebeknäste steckt.
Es sind die etablierten und die rechten Politiker, die das Werfen von Brandsätzen vorbereiten.
Sie betreiben Hetze gegen Flüchtlinge und bedienen sich gesellschaftlicher Rassismen.
In Hoyerswerda, Rostock, Mannheim Schönau, Werningerode ließ die Polizei den rassistischen Mob wüten und antirassistische Demonstrationen einkesseln.
Es ist die Polizei, die in Magdeburg und Mannheim zuschaut, wie Rassisten Jagd auf Andersfarbige machen, und diejenigen verhaftet, die sich wehren.
Es ist dieser Staat, der de facto keine Flüchtlinge mehr aufnimmt und Mauern errichtet.
Dieser Staat schiebt ab in Hunger, Folter und Tod für die er selbst durch Waffenlieferung und Ausbeutung mitverantwortlich ist.
Es ist dieser Staat, der die Schändung der Gedenkstätte Buchenwald und den Tod von mittlerweile über 60 durch Rassisten und Faschisten Ermordete zuläßt.
Es ist die Justiz, die Rassisten entläßt und Antifaschisten mit Repression überzieht.
Wie den Antifaschisten Gunter aus Wiesbaden, die Antifa M aus Göttingen die antifaschistischen ImmigrantInnen aus Berlin oder die seit 22 jahren in Haft sitzende Irmgard Möller aus der RAF.
Wer noch nicht jegliches Vertrauen in diesen Staat verloren hat, sollte dies schleunigst tun.
Die Zeichen mehren sich, daß dieser Staat nicht mehr auf demokratische Deckmäntelchen setzt.
Die Zusammenarbeit mit neofaschistischen Kräften und einem offen rassistischen Teil der Bevölkerung beginnt, noch punktuell, zur favorisierten Form der Machterhaltung zu werden, so wie schon jetzt in Italien.
Wir, Menschen aus unterschiedlichen Spektren, die heute hier sind, müssen erkennen, daß wir gemeinsam Widerstand leisten und entwickeln müssen.
Wir müssen endlich anfangen, unsere verschiedenen Formen des Widerstands gleichberechtigt nebeneinander zu akzeptieren und miteinander zu kämpfen.
Es gilt, das Kirchenasyl einzufordern und zu verteidigen wie es darum geht militanten Widerstand gegen Neofaschisten und Rassisten zu organisieren.
Es geht darum, der Vernichtung der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken sowie aus dem Widerstand zu lernen.
Es gilt Staat, Rassisten, Sexisten und Nationalisten zurückzudrängen und uns Mensch werden zu lassen.
Gemeinsam Gegenwehr organisieren heißt auch, endlich den engen Horizont der eigenen Szene, der Gruppe, der Organisation oder der Partei zu überwinden, voneinander zu lernen und miteinander zu kämpfen.

Gegen rassistischen und faschistischen Terror! Gegen staatlichen Rassismus! Leistet Widerstand!





Frank Fischer, Rudolstädterstr.64, Erfurt; WJ-Kader

Staatsterror gegen GNN-Verlag

Am Morgen des 10.8. beschlagnahmten LKA und Polizei in Köln in den Räumen des GNN-Verlages alle erreichbaren Exemplare der Dokumentation "BRD-RAF". Die Bundesanwaltschaft will damit den Verlag der Gesellschaft zur Nachrichtenerfassung und Verbreitung verfolgen und unterdrücken, der Ihr Verhalten gegenüber den Gefangenen der RAF und des sog. "Widerstands" seit langer Zeit immer wieder kritisiert hat. Bei dem Buch, das seit sieben Jahren im Buchhandel erhältlich ist, handelt es sich wahrscheinlich um die einzige Quelle in der wesentliche Texte beider Seiten in diesem Konflikt im Zusammenhang und in dieser Vollständigkeit dokumentiert sind. Die Folge eines aus dem Verkehr ziehen wäre, daß die politischen Texte der RAF seit den 60er Jahren für niemanden in der BRD mehr auf legalem Wege käuflich wären. Der Zeitpunkt der Beschlagnahme korrespondiert mit einem Punkt des Streites über die Freilassung einiger weniger Gefangener, die sich weigern, sich einer "psychiatrischen Untersuchung" der Bundesanwaltschaft unterziehen zu lassen. (cn)

In eigener Sache:

in der letzten Ausgabe - Artikel "Vorsicht giftig" berichteten wir über die juristische Auseinandersetzung zwischen der als rechtsextrem eingeordneten "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" und dem Herausgeber der seit geraumer Zeit nicht mehr erscheinenden "Antifa Nachrichten Thüringen". Das Landgericht Erfurt hat den Herausgeber zu einer Geldstrafe von DM 20.000 verurteilt, weil er es unterlassen habe, eine Gegendarstellung abzudrucken. Pikanterweise folgte das Landgericht der Argumentation, daß er hätte dafür sorgen müssen, daß **wir** die Gegendarstellung abdrucken. Das wäre in etwa so, als müßte der "Stern" dafür sorgen, daß im "Spiegel" ein Abdruck erfolgt.

Krämerbrücke Erfurt

Sondersitzung des Rates

Am 7. September fand im Erfurter Rathaus eine von der PDS beantragte Sondersitzung zur Razzia der Polizei an der Krämerbrücke statt.
150 Polizisten hatten an der Krämerbrücke, einem der Gaffpunkte der Touristenpiste, ca. 50 Jugendliche festgenommen, durchsucht und zum Revier Nord gebracht. Nach Verhören, ED-Behandlungen und einigen Stunden Aufenthalt wurden die letzten Jugendlichen in der Nacht freigelassen, ein abgelehnter Asylbewerber, der ebenfalls verhaftet wurde, wurde von den Bullen in den Abschiebeknast gesteckt. Es folgten in den nächsten Tagen weitere Schikanen, wie Platzverweise, Kontrollen, Vorladungen und Verhöre. Laut Presse, Politikern und Polizeibeamten wäre es um "die Zerschlagung einer Szene", Säuberung des touristisch wichtigen Punktes, "Ahndung von Straftaten" gegangen.
Kritik an den Vorgängen wurde von verschieden Seiten formuliert. Jugendliche von der Krämerbrücke, alternative Projekte und der Stadtjugendring verurteilten das Vorgehen der Polizei und forderten, Jugendliche sollten selbst wählen können wo sie sich aufhalten. Einige vermuteten Profitinteressen (Tourismus) und die Durchleuchtung der linken Szene hinter dem Polizeiterror. Mit geringem Erfolg wurde die Erfurter Szene dazu aufgerufen, sich vermehrt an der Krämerbrücke zu treffen um diesen seit Jahrzehnten bestehenden Treffpunkt oppositioneller Jugendlicher zu verteidigen. Doch auch die vielgeschmähten Parteien der Opposition PDS und Neues Forum/Grüne blieben nicht untätig. Die polizeiliche Pressekonferenz wurde besucht und per eigener Presseerklärung energisch protestiert. Nach 1-2 Wochen war die erste Wut verraucht und der Höhepunkt der Sommerpause tat sein übriges.
Die Sondersitzung war dann auch nur noch Pflichtübung. Interessant an der Rede des Innendezernenten Nothnagel (heißt wirklich so), der annähernd wörtlich den Polizeibericht wiedergab, war nur, daß sein Amt vorher informiert worden war und seine Bemerkung, die bei der Polizeiaktion gemachten Bilder seien ordnungsgemäß vernichtet worden, was auf der Zuschauertribüne wahre Belustigungsstürme auslöste. Desweiteren sei die Krämerbrücke "architektonisch nicht der richtige Platz" für die Jugendlichen. Das Jugendamt, vertreten durch Neigefindt, demonstrierte die Ignoranz der Verwaltung, indem sie Pläne offenbarte, die Jugendlichen von der Krämerbrücke (eindeutig sich links nennende) doch einen Platz im Brühler Garten anzubieten (wo sich eindeutig sich rechts nennende Jugendliche treffen).
Wer Hoffnung auf eine fundierte Kritik der PDS an dem Polizeieinsatz und den ihn ermöglichenden Strukturen gehegt hatte bzw. gehofft hatte, die Opposition ließe sich etwas einfallen, wie Hintergründe aufgeklärt werden könnten (Untersuchungsausschuß, Befragung des anwesenden Polizeichefs Roland Richter etc.) wurde enttäuscht.
Statt dessen freuten sich PDS und Forum/Grüne zusammen mit den anderen Parteien über den zukünftigen Einsatz von sog. Jugendbeamten der Polizei.
Ist ja auch ein toller Fortschritt wenn demnächst polizeiliche und ordnungspolitische Aktionen gegen störende Subkultur gezielter, leiser und mit weniger Presse erfolgen kann. Wenn für Kontrolle linker Szene und Repression gegen Asylbewerber keine Razzia mehr nötig ist.
Wünschenswert wäre eine intensive inhaltliche Diskussion zwischen oppositionellen Parteien und den Jugendlichen bzw. denen, die sich für sie engagiert haben, gewesen. In der Frage, ob dies an gegenseitiger Unbekanntheit oder wissentlicher Ignoranz der/des anderen scheitert, entscheidet sich der Autor vorerst hoffnungsvoll für die erste Variante.

em

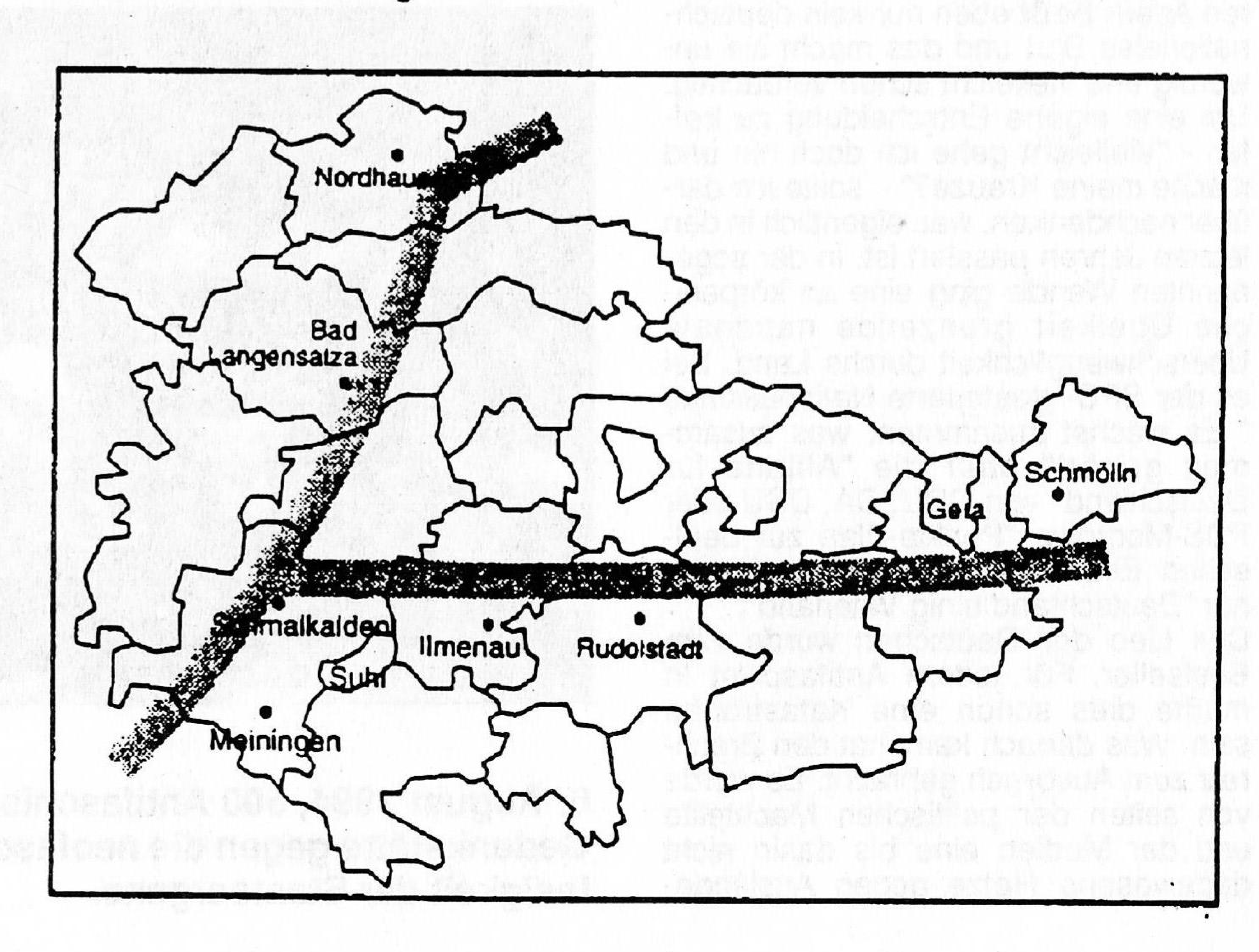
Protest gegen Tiefflüge

Informiert von der Basisgruppe Suhl des BdA möchten wir hier kurz über die Tiefflüge in Thüringen und die neuen Pläne für 1995 berichten. Seit dem 1. September 93 gehört Thüringen mit zu den Tieffluggebieten. Donnernde Jagdflieger in offiziell 300 Meter Höhe über Städten und Dörfern verursachen schon jetzt unüberhörbare Belastung bei Thüringer Bürgern. In zahlreichen Kommunen wächst bereits der Protest. Jetzt kündigte die Bonner Hardthöhe (Sitz der Bundeswehrführung) Nachtflüge in 2 Korridoren über Thüringen an.

Bekannt wurden die Pläne nicht durch das zur Information angehaltene Innenministerium des skandalumwitterten Duos Lippert/Schuster sondern erst durch Presseveröffentlichungen. Um BürgerInnen-protest klein zu halten war von einer Information wohl abgesehen worden.

Wir wollen in Erinnerung rufen, wieviele Menschen bei Abstürzen von Jagdfliegern in den letzten Jahren umkamen und wie krankmachend der Lärm auf Mensch und Tier wirkt.

Als Antimilitaristen werden wir die Kampagne gegen Tiefflüge in Thüringen und anderswo unterstützen. Den Verantwortlichen muß dabei gleichzeitig deutlich werden, daß wir ihren militärischen Großmachtplänen entschiedenen Widerstand entgegensetzen werden.



Superwahl - Jammer ohne Ende

Stell Dir vor es ist Wahltag und keineR geht hin

Es wird die Regierenden wenig bekümmern, wenn viele Zuhause bleiben. Das Bespiel USA zeigt, daß es sich mit 30% Wahlbeteiligung gut beherrschen läßt. Auch in der BRD pendelt sich die Wahlbeteiligung zwischen 60% und 70% ein. Die Thüringer Strategen haben, um einer sich abzeichnenden katastrophalen Wahlbeteiligung aus dem Weg zu gehen, gleich drei Wahltermine auf den 16.10. gelegt. Die Abstimmung um die Thüringer Verfassung und die Landtags- und Bundestagswahl. Außer für die "Störenfriede" und "Nestbeschmutzer" von Bündnis 90/Grüne und PDS ist die Sache für die Landtagsparteien klar; die Verfassung ist gut, das Volk habe am 16.10. zuzustimmen, also ist es im Wahlkampf kein Thema. Wer diese kritisiert, macht sich, obwohl noch gar nicht in Kraft, der Verfassungsfeindlichkeit verdächtig. In Fortsetzung unseres Diskussionsforums dokumentieren wir den letzten Beitrag in dieser Reihe

Im Angebot: Nationale Polit-"Sicherheits-Mafia" - Wo soll ich mich hinwenden - Ab oder "Zum kleineren Übel" ?! Gedanken eines Antifaschisten zur Wahl.

Alle (4) Jahre wieder...

Promis mischen sich unters Volk und unsere bunte Werbelandschaft wird um einiges bunter, von braun bis rosa- alles dabei. Es herrscht Wahlkampf. Das (Wahl-) Volk bekommt für ein paar Wochen den Eindruck, als sei die politische Elite des Landes nur für "Es" da. Und es hagelt Geschenke, vom Luftballon oder Kondom bis zum Kugelschreiber und Schulter klopfen. Was geht das alles eine/n Antifaschist In an, wenn er/sie vielleicht noch so weit links steht, daß er/sie begriffen hat, daß Wahlen eh nichts verändern, sonst wären sie verboten.

Und zumal er/sie ein paar Bekannte hat, die gar nicht wählen dürfen. In ihren Adern fließt eben nur kein deutschnationales Blut und das macht sie unwürdig und vielleicht schon verdächtig. Um eine eigene Entscheidung zu treffen - "Vielleicht gehe ich doch hin und mache meine Kreuze?" - sollte ich darüber nachdenken, was eigentlich in den letzten Jahren passiert ist. In der sogenannten Wende ging eine an körperliche Übelkeit grenzende nationale Überschwenglichkeit durchs Land. Sei es der SPD- gesteuerte Nationalismus " Es wächst zusammen, was zusammen gehört" oder die "Allianz für Deutschland" von CDU, DA, DSU oder PDS-Modrows "Punkte-Plan zur deutschen Einheit". Wohin man schaute, nur "Deutschland einig Vaterland".

Das Lied der Deutschen wurde zum Bestseller. Für jede/n Antifaschist In mußte dies schon eine Katastrophe sein. Was danach kam, hat den Brechreiz zum Ausbruch gebracht. Es wurde von seiten der politischen Machtelite und der Medien eine bis dahin nicht dagewesene Hetze gegen AusländerInnen betrieben- wo dieses hinführte, ist uns leider bekannt. Im Osten wurden von allen am Machtgerangel beteiligten Gruppierungen eine wahre Orgie des Entfernens und Umbenennens von antifaschistischem Gedenken eingeleitet und durchgeführt. Der Staats- und sicher auch zum großen Teil Bewußtseins tragende Antifaschismus der DDR sollte begraben werden. Im Anschluß an die Proklamierung des Staatsfeindes Nummer 1, "dem Asylanten, Wirtschaftsflüchtling,...", wurde von Koalition und SPD das Asylrecht de facto beseitigt.

Das gab es bereits in dem deutsch-rumänischen Abkommen zur Abschiebung von aus Rumänien kommenden nicht deutschen Menschen(vor allem Sinti und Roma). Flüchtlingslager und Abschiebeknäste gehören zum Alltag in unserem Land. Abschiebung wird allenthalben praktiziert. Und wehe ein Flüchtling ist mit der deutschen Politik, z.B. mit der Türkei, nicht einverstanden. Als nächstes kam und lief parallel dazu die Kampagne zur Rolle Deutschlands in der Welt. Wieder gab es Konsens zwischen Regierung und SPD- Opposition. Die Bundeswehr marschiert wieder "verfassungsgemäß" offiziell in aller Welt. "Wir sind endlich wieder wer!" Sogar einige Bündnis 90/ Grüne PolitikerInnen waren für "Bomben auf Sarajevo". Der Europawahlkampf hatte nun wieder die Sicherheit und mit ihr den Kampf gegen die Mafia in den Mittelpunkt gerückt. In diesem Moment wurde gerade mit einem " Kompromiß" schnell noch vor den Bundestagswahlen das Verbrechensbekämpfungsgesetz durchgedrückt.Sogar Gysi wirbt für den Kontaktbereichsbeamten. Templin ("Bürger-Bewegung") und Ostrowski (PDS) sprachen mit Rechtsradikalen. In der PDS wird mit dem Skandal um die Einsiedel Kandidatur "linker" Nationalismus neu entdeckt. Der deutsche Konsens breitet sich aus.

Die Wahlen stehen vor der Tür. Wo soll ich mich hin wenden?

Am besten angewidert ab oder eventuell das kleinere Übel, daß nur Opposition sein will, wählen, damit vielleicht die oder der eine oder andere Antifaschistin/AntirassistIn, die gibt es tatsächlich auch auf Listenplätzen, eventuell das Parlament für unsere politische Arbeit nutzen können? (Asor)



6. August 1994, 500 AntifaschistInnen demonstrieren an der KZ-Gedenkstätte gegen die neofaschistischen Übergriffe und Tatenlosigkeit der Staatsorgane.

Auf der Flucht vor dem deutschen Staat

Die Fälle von Kirchenasyl häufen sich

Im bayerischen Wahlkampf berief sich die geREPte CSU stolz darauf, mit ihrer Initiative zur Abschaffung des Asylrechtes die REP in die Bedutungslosigkeit getrieben zu haben. Stolz können die Regierenden in Bonn nun vermelden, daß sich die Zahl der Flüchtlinge halbiert habe. Dabei treibt es sie keinesfalls in Gewissensnöte, daß die Ursachen von Flucht sich keinesfalls halbiert haben, sondern durch die Ausbeutungspolitik der I. Welt immer mehr werden.
So gewinnt das Kirchenasyl, eine Institution, die längst vergessen schien bzw. nur aus faschistischen Staaten Lateinamerikas bekannt war, eine neue Bedeutung. Wie in Jena und Gera suchen Flüchtlinge auf der Flucht vor der Abschiebepolitik des deutschen Staates Schutz in den Armen der Kirche.

Alle gesellschaftlichen Institutionen sind gefordert

Die Gewerkschaft hbv wird auf ihrer Landesbezirkskonferenz am 8.10. ihre Mitglieder aufrufen, sich aktiv in die Auseinandersetzung um das Recht auf Asyl einzumischen.
Im Beschluß des Landesvorstandes heißt es u.a.:
"Unter dem Motto "Ohne uns - Ziviler Ungehorsam ist eine Frage des Anstandes - Wir unterstützen Euch!" wird die Landesleitung beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Bezirksvorständen Aktivitäten gegen den wachsenden täglichen Rassismus zu entwickeln.
KollegInnen, die sich an Aktionen des zivilen Ungehorsams, wie z.B. die Weigerung Nazi-Zeitungen zu verkaufen, beteiligen. ist grundsätzlich Rechtsschutz zu gewähren. Nichtmitglieder bekommen auch Rechtsschutz, wenn sie in die hbv eintreten."

Es wird Zeit, daß die Gewerkschaften, Parteien u.a. ebenfalls die Tore öffnen für die Flüchtlinge und im kollektiven Ungehorsam der Asylpolitik eine Abfuhr erteilen!



Zur Diskussion gestellt!

Anachronistischer Zug 1990 in Köln - Der "Anachronistische Zug" vom 24. bis 25. 9. in Berlin - Der "Anachronistische Zug" 1995 in Thüringen?

1990 zog der "Anachronistische Zug" von Bonn nach Berlin. Nun zog er wieder in neuer, durch bundesdeutsche Wirklichkeit aktualisierter Gestalt und unter dem Motto "Berlin für Brecht statt Kohl" durch Berlin. Mit seinen knapp 40 Fahrzeugen zog er sich drei Tage lang durch Lichtenberg, Friedrichshain, Marzhahn / Hellersdorf und Pankow.
Diesmal konnte das Publikum u.a. sehen:
einen amtierenden Bundespräsidenten und seinen toten Lehrer; den wohl derzeit berühmtesten Pfarrer der BRD mit Gottes Wort, nach dem die Rache sein sei; einen deutschen und deswegen sehr blonden Volkssänger, mit völkischen Weisen den Auszug ausländischer Gäste begleitend . . . Und vieles andere mehr. Die Rezitation des Gedichts "Der Anachronistische Zug oder Freiheit and Democracy" wird **Bertolt Brechts Tochter Hanne Hiob** (wird am 5.11. Gast des Antirassistischen Ratschlages sein) übernehmen.
Die Antifanachrichten fordern alle LeserInnen auf, darüber zu diskutieren, ob wir den Anachronistischen Zug 1995 anläßlich der Befreiung von Buchenwald oder der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus oder oder nach Thüringen holen wollen.

Weitere Informationen: Stefan Eggerdinger, Büro des Anachronistischen Zuges, Tulbeckstr. 4, 80339 München

Achtung wir brauchen Eure Hilfe!

Stichwort: Faschistisches Netzwerk in Thüringen

Unsere Redaktion beschäftigt sich seit einem halben Jahr mit dem faschistischen Netzwerk in Thüringen. Wir wollen endlich die verstreuten Informationen sammeln. Geplant ist ein längerer Beitrag in den Antifa-Nachrichten. Sollten wir genügend Informationen bekommen, wäre die Herausgabe einer Broschüre denkbar.
Wir bitten Euch deshalb zusammenzutragen, was Ihr aus Eurer Stadt und Region an Informationen habt:
über Organisationen, Parteien und Verbindungen untereinander, Funktionäre, Kader, Mitgliederzahlen, Büros und Treffpunkte, Angriffe von Faschisten auf Personen, Gruppen und Objekte.

Bitte bemüht Euch um fundierte Informationen.
Für Rückfragen wäre es gut, Ihr könntet eine Postadresse angeben, über die wir uns melden können.

Vom Kopfschütteln allein lassen sich Faschismus und Rassismus nicht vertreiben!

- Veranstaltungen - Meldungen -

Antifaschistische Aktionswoche

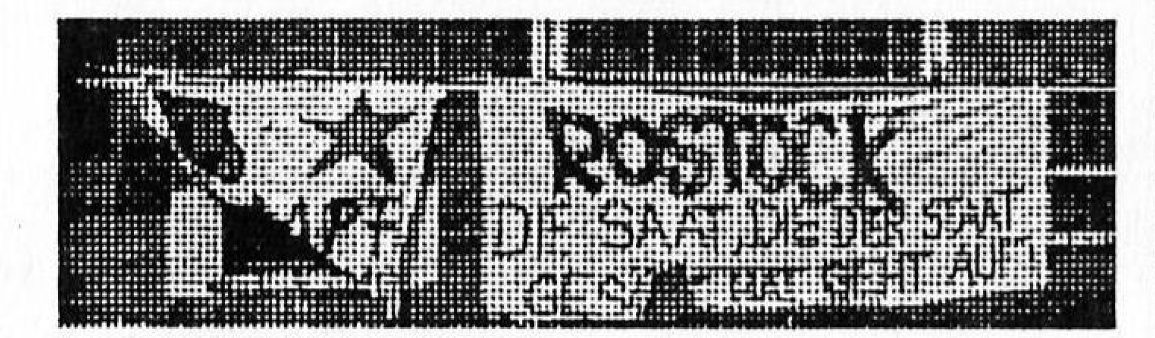
Veranstaltungen in Erfurt:

29.10. 20 Uhr Johannesstr.57

Solingen - Die "Einzeltäter" und ihre Hintermänner

3.11., 19 Uhr, Johannesstrasse

Geschichte und Mythen der Autonomen mit "Geronimo"



2.11.,19 Uhr im Haus der Gewerkschaften

Vom Klassenkampf zur staatstragenden Behörde - DGB wohin?

mit Prof. Frank Deppe, Uni Marburg, und Knut Becker, Gewerkschafter und Satiriker

3.11., 19.30 Uhr, im Kino-Club Hirschlachufer

Film: "Überleben im Terror - Ernst Federn's Geschichte"

Das besondere des Filmes ist, daß Ernst Federn, der sieben Jahre im Überlebenskampf standhielt, über den Terror der Nazis spricht, aber auch über den Terror, der unter den Gefangenen herrschte. Federn berichtet, wie in einem solchen Terrorsystem Destruktives in jedem ausbrechen konnte - auch in denen, die anschließend als Helden gefeiert wurden.

Anschließend Diskussion mit dem Autor Wilhelm Rösing

4.11., 19 Uhr in Haus der Gewerkschaften

Wie aus Wörtern und Bildern Brandsätze werden. Die Verantwortung der Medien an der Ausbreitung des Rassismuses



Ein Streitgespräch mit M. Braumann (ND); A. Möller (Bildzeitung Thüringen); MDR Thüringen (angefragt); D. Meinke (DISS); Andreas Kynast, freier TV-Journalist; Matthias Sengewald, evangelische Jugend (Moderation)

Einsende- und Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: 12.11.1994

5.11. Haus der Gewerkschaften Erfurt

10 Uhr 3. Antirassistischer Ratschlag Thüringen 19 Uhr antirassistische Demonstration

Ausführlichere Informationen zum Verlauf des Ratschlages können bei der Redaktion der AntifaN bestellt werden

6.-26.11., Michaeliskirche

Im Rahmen der Erfurter Friedensdekade findet eine Ausstellung zu **"Albert Schweizer"** in der Michaeliskirche statt. Diese wird organisiert vom Aktionskreis für den Frieden.

Die mit dem blauen Schein

Geschichtswerkstatt

anläßlich der Ausstellung zur "Strafdivision 999" am 26. November 1994, im Haus Dacheröden, Von 13 Uhr bis 19 Uhr Eröffnung der Geschichtswerkstatt durch einen Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der ehem. 999 und **Bodo Ramelow**, Kulturverein Mauernbrechen e.V. Eingeladen sind: "Von der Integrität des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus", **Prof. S. Wolf**, Erfurt; "Zum Heldentod begnadigt" Überlebende "999er" berichten; "Das Wehrmachtsstrafrecht"; **Norbert Haase**, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin; "Die vielumstrittene Ehre des Wehrmachtsdeserteurs", **Gerhard Zwerenz**

Damit der **Ratschlag** ein Erfolg wird, brauchen wir Deine Hilfe. Zur Mobilisierung haben wir ein Plakat und ein Faltblatt, daß einen ausführlichen Überblick über die Inhalte des **Ratschlages** gibt. Anrufen (0361 5961 293) oder Coupon ausfüllen und Material zum Weiterverteilen bestellen, ist die beste Unterstützung!

Name:

Strasse:

PLZ/Ort:

Ich bestelle .... Plakate und .... Faltblätter

Diese Zeitung finanziert sich aus Spenden.

Deshalb, wer ein Exemplar oder mehrere haben möchte, kann bei der Redaktion bestellen und spenden. Unkostenbeitrag 1,50 DM plus Portogebühren.

Spendenkonto: Kennwort THAN, BfG Erfurt, 2371243701

Red.: Thüringer Antifa Nachrichten; Joseph Grüne, Eislebenerstr.3-71, 99086 Erfurt; Tel.: 0361 6738293 (1.10.94)

Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion. Für die Inhalte namentlich gekennzeichneter Artikel haftet der/die AutorIn.

